



Nr. 198. Mittag-Ausgabe.

Siebziger Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Dienstag, den 29. April 1879.

## Deutschland. O. C. Reichstags-Verhandlungen.

34. Sitzung vom 28. April.

12 Uhr. Am Tische des Bundesrates Hofmann, Friedberg, Dr. Finsen-

burg u. A. Die Bänke des Hauses sind mäßig besetzt, eine sehr große Zahl von Urlaubsgesuchen, meistens für die Dauer einer Woche, wird genehmigt. Der Abg. v. Knoblock (Lubau-Wohlau) hat aus wirthschaftlichen Gründen sein Mandat niedergelegt. Die Prüfung seiner Wahl stand auf der heutigen Tagesordnung, wird also abgelehnt. (Die Wahlprüfungscommission hatte beantragt, seine Wahl für ungültig zu erklären.)

Eingegangen sind die Gesetz-Entwürfe betr. 1) das Pfandrecht an Eisenbahnen und die Zwangsabfuhrstrecke in dieselben; 2) den Zolltarif des deutschen Zollgebietes; 3) und 4) die Erhebung, resp. die Erhöhung der Brau- und 5) und 6) die Besteuerung des Tabaks, resp. die Erhöhung einer Nachsteuer; 7) eine Denkschrift über die Ausführung von 9 Anleihengesetzen vom 27. Januar 1875 bis 12. Juni 1878; endlich 8) ein Schreiben des Reichskanzlers, bet. die Einholung der Genehmigung des Reichstages zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abg. Hasselmann wegen Zuwidderhandlung gegen §§ 24 und 25 des Socialistengesetzes. (Nach § 24 kann Personen, welche es sich zum Geschäft machen, sozialdemokratische u. s. w. Bestrebungen zu fördern oder welche auf Grund einer Bestimmung rechtskräftig zu einer Strafe verurteilt sind, von der Landespolizei-Behörde die Befugnis zur Verbreitung von Druckschriften entzogen werden. Zuwidderhandlungen gegen § 24 werden mit Geldstrafe bis zu 1000 M. oder mit Haft oder Gefängnis bis zu 6 Monaten bestraft.) Der genannte Abgeordnete soll verbotene Drucksachen, seine in Hamburg erscheinende „Deutsche Zeitung“, in einem Ballon nach Berlin befördert und dadurch auch gegen den Verbot der Coriolanus verstoßen haben.

Das Haus erledigt zunächst eine Reihe von Wahlprüfungen. Die Wahl des Grafen Kielweil wird für gültig erklärt, die Hammacher's beanstandet; bezüglich der Wahl Mendel's wird Untersuchung der in Protest ausgestellten Behauptungen beantragt und bezüglich v. Below's erklärt, daß einem früheren ähnlichen Antrage des Reichstages durch die stattgehabte Untersuchung genügt sei.

Es folgt die erste Berathung des Gesetz-Entwurfs, betreffend die Anfechtung von Rechtsverhandlungen eines Schuldners außerhalb des Concursusverfahrens.

Staatssekretär Friedberg: Der Entwurf ist eine Ergänzung der demnächst in Kraft tretenden Concursordnung. Damit die Grundsätze derselben über die Anfechtung im ganzen Reiche in gleicher Weise auch auf die Anfechtung außerhalb des Concursus übertragen werden, ist ein Reichsgesetz notwendig. Im Vertrauen auf das Zustandekommen eines solchen haben einige Particularstaaten, namentlich Preußen, in den Ausführungsgegesenen zu den Reichsjustizgegesenen es unterlassen, Bestimmungen über diesen Punkt zu treffen. In anderen Staaten, welche die Sache bereits in Angriff genommen, hat sich eine grobe Verschiedenheit der Bestimmungen herausgestellt. Ich bitte Sie daher, das Gesetz, wenn irgend möglich, zu Stande zu bringen, und hoffe, daß ein Ausgleich der verschiedenen Meinungen erreicht werden wird.

Abg. Mayer (Donauwörth): Die durchaus notwendige Uebereinstimmung zwischen den Grundsätzen bei der Anfechtung im Concuse und außerhalb desselben sollte nach den Motiven zur Concursordnung durch die Particulargegesgebung herbeigeführt werden. In Bayern und Württemberg sind nur die betreffenden Bestimmungen in den Ausführungsgegesenen zu den Reichsjustizgegesenen nach gründlicher Berathung in den Kammer-Gesetzen gegeben. Diese Gesetze können neben dem hier vorgeschlagenen Reichsgesetz nicht bestehen und wären von der bairischen und württembergischen Regierung auch sicherlich nicht ausgearbeitet worden, wenn ihnen die Ausarbeitung des vorliegenden Entwurfs im Reichsjustizamt bekannt gewesen wäre. Das Reichsjustizamt nun, welches von den Gesetz-Entwürfen der einzelnen Staaten Kenntnis hatte, hat ein mindestens befremdliches Verfahren beobachtet, indem es den Einzelregierungen von der Bearbeitung des Reichsgesetzes nichts mittheilte. Ich vermuthe, daß die bairische und württembergische Bevölkerung im Bundesrathe nur aus diesem Grunde gegen dieses Gesetz gestimmt haben, und möchte vom Bundesrathäufige aus erfahren, ob diese Vermuthung zutrifft.

Staatssekretär Friedberg: Obgleich es nicht herkömmlich ist, über Abstimmungen im Bundesrathe hier gewissermaßen offizielle Erklärungen abzugeben, kann ich doch bestätigen, daß die bairische und württembergische Regierung gegen dieses Gesetz gestimmt haben, weil sie glaubten, daß für ihre Lande dem Bedürfnis bereits durch eigene Gesetze genügt sei. Die Mehrheit des Bundesrathes beschloß dagegen, den Entwurf dem Reichstage vorzulegen. Das Reichsjustizamt hat diesen Entwurf nicht ohne alle Not und wider die Wünsche der deutschen Regierungen aufgestellt, sondern es wurde von einer deutschen Regierung gefragt, ob eine reichsgelehrte Regelung nicht der Particulargegesgebung vorzuziehen sei. Das Amt, welches zu dieser Meinung hineigte, teilte dies allen Regierungen im Mai 1877 mit und bat, ihm alle diese Materialien zu übersenden, um daraufhin zu prüfen, ob wirklich der Weg der Reichsgegesgebung beschritten werden sollte.

Die bairische Regierung hat ein gleiches Schreiben erhalten und dem Reichsjustizamt eine ausführliche Denkschrift über den bairischen Rechtszustand eingefügt. Letzlich haben es die anderen Regierungen gemacht; keine aber richtete an das Reichsjustizamt den Wunsch, es möchte doch die Angriffsmaße dieser Gesetzesgebung ganz unterlassen. Vielmehr verlangten einzelne Staaten, namentlich Preußen, die reichsgelehrte Regelung. Nun habe ich allerdings, nachdem ich einmal an die Aufstellung des Gesetz-Entwurfs gegangen war, nicht wieder die einzelnen Regierungen gefragt, ob eine jede mit dem vorher schon teilweise mitgeteilten Entwurf zufrieden wäre; denn hierzu war ja der Bundesrat der gehörige Ort. Hier hat die bairische Regierung, die inzwischen mit der Gesetzesgebung vorgegangen war, im Interessenauschuß und später im Plenum gegen das Gesetz gestimmt. Wenn es sich aber fragt, ob eine Gesetzesfrage einheitlich für das Reich zu regeln sei, kann es doch nicht entscheidend sein, ob eine oder die andere, wenn auch sehr wichtige Regierung es inzwischen vorgezogen hat, die Frage, so gut es eben ging, durch die Landesgesetzesgebung für sein Rechtsgebiet zum Ausdruck zu bringen. Freilich müssen nun schon fertig gewordene Gesetze wieder verschwinden. Das sollten aber die Abgeordneten der betreffenden Staaten in bundesfreundlicher Rücksicht auf diejenigen Staaten, in denen die Gesetzesgebung die Lücke im Vertrauen auf das Reich unzureichend geblieben, hinnehmen. Ich hoffe demnach, daß die Meinung, als sei die deutsche Justizverwaltung gegen irgend welche deutsche Regierung nicht mit der nötigen Rücksicht vorgegangen, in diesem Hause nicht Boden gewinnen wird.

Abg. Bähr (Kassel) stellt anheim, daß analog dem neuesten englischen Gesetz Mobiliarveräußerungen oder Verpfändungen des Schuldners für unwirksam erklärt werden, wenn der Schuldner im Besitz des veräußerten Gegenstandes geblieben und der Vertrag nicht in ein öffentliches Register eingetragen ist.

Abg. v. Schulze-Delitzsch (Württemberg) hält zur Zeit, da die wichtigsten Particularstaaten, Bayern und Württemberg, die Sache schon gesetzlich geregelt haben, das Bedürfnis nach der einheitlichen Regelung durch Reichsgesetz nicht für so dringlich, daß man nicht bis zum Erlass des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuchs warten könne.

Abg. Wolffson: Die Bedürfnisfrage ist dadurch erledigt, daß die Particulargegesgebung diesen Theil der Gesetzesgebung selbstständig von der Concursordnung entziehen könnte. Die materiellen Bedingungen der Anfechtung müssen dieselben sein, wie die der Concursordnung. Ich kann darum auch den Vorschlag Bähr's nicht billigen; durch den Eintritt des Concursus würde die nach diesem Vorfall statthaft Anfechtung ausgeschlossen werden. Die Hauptfragen bei der Prüfung des Entwurfs werden sein: 1) Ist es richtig, die Anfechtbarkeit von der Fruchtlosigkeit der Execution abhängig zu machen oder etwa von der Leistung des Offenbarungseides? 2) Wie stellt sich der Anfechtungssklager, der seinen Prozeß geführt hat, zu anderen An-

fechtungssklägern? 3) Wie stellt er sich zum Concursverwalter, wenn vor beendigtem Anfechtungsverfahren der Concurs eintritt. Ich beantrage, den Entwurf der Commission von 21 Mitgliedern zu überweisen, welche bereits mit der Berathung des Gesetzes, betreffend die Consulargerichtsbarkeit, beauftragt ist.

Das Haus beschließt diesem Antrage gemäß.

Den nächsten Gegenstand der Tagesordnung, die dritte Berathung des Gesetz-Entwurfs, betreffend den Verkehr mit Nahrungs- und Genussmitteln, Gebrauchsgegenständen, beantragt Abg. Zimmermann abzusehen, eventuell müßt er mit Rücksicht auf die Wichtigkeit derselben an den Präsidenten die Frage richten, ob das Haus beschlußfähig sei. Der Präsident constatirt, daß das gesammte Bureau das Haus für beschlußfähig halte, und die dritte Berathung des Gesetz-

wurfs beginnt.

Abg. Harnier hofft, unter Hinweis darauf, daß der Gesetz-Entwurf jetzt viel mehr Freunde gewonnen habe, als er früher gehabt, daß die Special-Discussion die Resultate der zweiten Lesung im wesentlichen bestätigen werde.

Abg. Zimmermann motiviert seinen Antrag auf Absezung des Gegenstandes von der Tagesordnung. Er halte es nah wie vor für bedeutsam, daß die Polizeibeamten allgemein befugt sein sollten, an Stelle von Gesundheitsbeamten den Verkehr mit Nahrungs- und Genussmitteln zu kontrollieren, vielmehr müsse es den Einzelstaaten überlassen werden, die Qualification dieser Beamten zu bemessen. Er hätte ferner die Aufnahme einer Präventivmaßregel in das Gesetz gewünscht, dahin gehend, daß wer überhaupt giftige Stoffe und Farben zubereitet und in den Verkehr bringt, gezwungen werden soll, sie als giftig zu declariren, wodurch von vornherein eine große Zahl von Überstreuungen abgeschnitten würde. Sein Hauptbedenken aber richtet sich dagegen, daß der Gesetz-Entwurf den Begriff der „Vervälschung“ allgemein definire, während die Gesetzgebung anderer Staaten hier specielle Bestimmungen für die einzelnen Fälle enthalte.

Hierauf wird die General-Discussion geschlossen. Vor der Abstimmung über § 1 erklärt der Abg. Zimmermann, so leid es ihm thut, nochmals die Frage aufzuwerfen zu müssen, ob das Haus beschlußfähig ist.

Präsident v. Jordenbeck constatirt, daß das Bureau jetzt hierüber nicht einig sei und ordnet den Namensaufruf an, der die Anwesenheit von 199 Mitgliedern, also genau die Beschlußfähigkeit des Hauses ergibt. Dieses den Umständen nach günstige Resultat soll dem Socialdemokraten Abg. Wiener zu verdanken sein, der sich im letzten Moment noch beim Bureau anmeldete.

In der Specialdiscusion werden die §§ 1—3 ohne Debatte genehmigt. Zu § 4 wird ein vom Abg. Ruppert bereitstehender Entwurf in zweiter Lesung beantragt, damals aber aus formalen Gründen abgelehnter Zusatz folgenden Wortlautes angenommen: „Landes rechtliche Bestimmungen, welche der Polizei weitergehende Befugnisse als die in den §§ 2 und 3 bezeichneten geben, bleiben unberührt.“

Die §§ 5—9 werden ohne Debatte unverändert nach den Beschlüssen der zweiten Lesung genehmigt.

Nach § 10 ist strafbar, wer zum Zwecke der Täuschung in Handel und Verkehr Nahrungs- oder Genussmittel nachmacht oder verfälscht.

Die Abg. Braun (Glogau) und Schulze-Delitzsch beantragen folgende Fassung: „Wer zum Zwecke der Täuschung im Handel und Verkehr Nahrungs- oder Genussmittel nachmacht oder dadurch verfälscht, daß er dieselben mittels Entnehmens oder Zufügens von Stoffen verschlechtert, oder den bestehenden Handels- oder Geschäftsbräuchen zuwider mit dem Schein einer besseren Beschaffenheit versieht.“

Abg. Braun bezeichnet seinen Antrag als im Interesse der Klarheit des Gesetzes gestellt, der jede Gefahr des Missbrauches ausschließe. Was solide Geschäftsgebräuche seien, könne der Richter stets von den competenten Handelskammern erfahren. Notwendig müsse man solide Geschäftsgebräuche der inländischen Industrie schützen, wenn man nicht auf ihre Kosten die ausländische Industrie, der man derlei Geschäftsgebräuche nicht unterjagen könne, beginnen wolle.

Abg. Bär (Offenburg) empfiehlt, die Beschlüsse zweiter Lesung pure anzunehmen; durch den Antrag Braun würden auch die unsoliden Geschäfts-

bräuche gesetzlich geschützt.

Abg. Windthorst meint, der allgemeine Fälschungsbegriff genüge in diesem Paragraphen als klare Regel für den Richter nicht. Der Antrag Braun schütze aber nicht genug gegen die missbräuchlichen Geschäftsansprüche. Er beantragt die Streichung der letzten Worte des Antrages Braun nach „verschlechtert“.

Geh. Rath Meyer hält, den Antrag Braun aus den vom Abg. Bär (Offenburg) angeführten Gründen abzulehnen. Die soliden Geschäftsgebräuche seien nach dem jetzigen Wortlaut schon genügend geschützt.

Abg. Schulze-Delitzsch beauptet, daß dem Richter die geeigneten Instanzen zur Feststellung der soliden Geschäftsgebräuche in den Handels- und Gewerbekammern zu Gebote ständen. Man dürfe den Richter nicht zugleich zum Sachverständigen in einer ihm fremden Materie machen.

Abg. Löwe (Berlin) tritt für den Antrag Braun ein, namentlich im Interesse unserer großen Chocoladenindustrie, die nach den Geschäftsgebräuchen, um mit dem Auslande concurrieren zu können, Mehl ihrem Fabrikate zusehen müsse. Das sei aber nach dem Wortlaut der zweiten Lesung strafbar, da die technischen Behörden die Definition von Chocolade als einer Zusammenziehung von Cacao und Zucker gegeben haben.

Während sich Abg. Reichenberger (Greifswald) gegen den Antrag Braun als zu weitgehend wendet, bekämpft Abg. Buhl den Antrag Windthorst, nach welchem man Kunstwein ganz ungestrafft verkaufen könne, da Wasser durch den Zusatz von Zucker nicht verschlechtert werde.

Nach einer kurzen Replik Windthorsts wird nach Ablehnung aller Anträge § 10 nach den Beschlüssen zweiter Lesung angenommen.

§ 11 wird ohne Debatte genehmigt. § 12 enthält die Strafbestimmungen für die Herstellung und den Verkauf gesundheitsschädlicher Nahrungs- und Genussmittel und Gebrauchsgegenstände (Kleidungsstücke, Kochgeschirr &c.). Wenn durch die Handlung eine schwere Körperverletzung oder der Tod eines Menschen verursacht worden ist, so soll Zuchthausstrafe bis zu fünf Jahren eintreten.

Diesen letzten Satz beantragt Abg. Dreyer zu streichen; das Gesetz sei ein Polizeigesetz und es sei deshalb bedeutsam, derartige strafgesetzliche Bestimmungen in dasselbe aufzunehmen.

Regierungscommissar Geh. Rath Meyer bestreitet, daß dieses Gesetz ein Polizeigesetz sei; die Annahme des § 10 habe demselben durchaus den Charakter eines Strafgesetzes gegeben.

Abg. Lasker: Es wäre besser gewesen, daß wir das Gesetz mit § 9 abschlossen und alle Strafbestimmungen weggelassen hätten; denn es ist doch möglich und wenig empfehlenswerth, für jeden besonderen Fall ein besonderes Strafgesetz zu machen. Mindestens müssen wir es ablehnen derartige Spezialbestimmungen in das Gesetz aufzunehmen. Ich bitte deshalb den Antrag Dreyer anzunehmen.

§ 12 wird indefens unverändert genehmigt; desgleichen ohne weitere Debatte die §§ 13—17. Damit ist die dritte Berathung dieses Gesetzes erledigt. Die definitive Abstimmung wird erst in der nächsten Sitzung stattfinden, da im § 4 eine Änderung angenommen ist.

Um 5½ Uhr vertagt sich das Haus bis Mittwoch 11 Uhr. (Wechselstempelsteuergesetz, Gesetz, betreffend das Pfandrecht an Eisenbahnen, Gebühren-Ordnung für Rechtsanwälte.)

Der Präsident theilt mit, daß er beabsichtige, für die dann folgende Sitzung am Donnerstag die erste Lesung des Zolltariffs, der Brau- und Tabaksteuergesetze auf die Tagesordnung zu setzen.

Abg. Richter (Hagen) hält es für besser, den Beschluss über das Wechselstempelsteuergesetz auszusehen, bis die andern Steuergesetze erledigt sind. Die erste Lesung des Zolltariffs und der Steuervorlagen schon am Donnerstag vorzunehmen, scheine ihm bedeutsam. Denn trotz aller Versicherungen, daß die Vorlagen dem Reichstage sofort nach dem Beginn der Ferien zugehen sollten, seien dieselben erst am Schlus der vorletzten oder im Laufe der letzten Woche vertheilt worden, obgleich die offizielle Presse dem Reichstag einen Vorwurf daraus gemacht habe, daß er so früh in die Ferien gegangen sei. Er, Redner, sei bis jetzt kaum im Stande gewesen, die Vorlagen durchzulesen.

Präsident von Jordenbeck bemerkt, daß ein Beschluss über die Donnerstagssitzung erst nach Schlus der Mittwochs-Sitzung gefaßt werden könne.

Die Aussetzung der Berathung des Wechselstempelsteuergesetzes wird vom Hause nicht gebilligt.

Berlin, 28. April. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Capitain zur See Freiherrn v. Schleinitz und dem Amtshauptmann der Universität zu Greifswald, Geheimen Regierungsrath Häniich, den Königlichen Kronenorden zweiter Klasse; sowie dem Ober-Steuerinspector, Steuer-Rath Schmid über zu Duisburg den Königlichen Kronenorden dritter Klasse verliehen.

Se. Majestät der Kaiser hat im Namen des Reichs den außerordentlichen Professor Dr. Dünichen zu Straßburg zum ordentlichen Professor in der philosophischen Facultät und den außerordentlichen Professor Licentiat Kayser zu Straßburg zum ordentlichen Professor in der theologischen Facultät der Kaiser-Wilhelms-Universität Straßburg ernannt. Se. Majestät der König hat den bisherigen Regierungsrath Franz Schulz zu Stettin zum Provinzial-Schulrat, und den bisherigen Großherzoglich badischen Referendar Ludwig Karl Friedrich Winter zum Garnison-Auditor in Saarlouis ernannt; sowie dem praktischen Arzt Dr. Merznich in Köln den Charakter als Sanitätsrat verliehen.

Der Provinzial-Schulrat Schulz ist dem Königlichen Provinzial-Schul-Collegium zu Stettin überwiesen worden. — Der seitherige Kreis-Wundarzt Dr. Siebe zu Alt-Döbern ist zum Kreis-Physitus des Kreises Kalau, und der praktische Arzt Dr. med. Oberstadt in Großenslüber bei Fulda, unter Anweisung des Wohnsitzes in Langenshübelbach, zum Kreis-Physitus des Untertaunus-Kreises ernannt worden. — An der Königlichen Realchule zu Berlin ist die Förderung des ordentlichen Lehrers Dr. Kuhn, und an der Louisa-Städtischen Gewerbeschule zu Berlin die Förderung des ordentlichen Lehrers Dr. Dederding zum Oberlehrer genehmigt worden. — An dem Lehrerinnen-Seminar zu Augustenburg sind der bisherige ordentliche Seminarlehrer Bent aus Ueteren als erster Lehrer, der bisherige Hilfslehrer Mohr aus Ueteren als ordentlicher Lehrer und die städtische Lehrerin Tagholm aus Wandsee als ordentliche Lehrerin angestellt worden. (Reichsanzeiger)

○ Berlin, 28. April. [Commission für Regelung des Eisenbahngüter-Tarifwesens. — Commission zur Be- ratung des Viehsehengesetzes. — Rücktransport der auf die Berliner Maschinen ausstellung geschickten Gegenstände.] In Bezug auf die gesetzliche Regelung des Eisenbahngüter-Tarifwesens wird darauf aufmerksam zu machen sein, daß durch den Beschluss des Bundesraths eine besondere Commission behufs Ausarbeitung eines entsprechenden Gesetzentwurfs niedergesetzt werden soll. Zur Zeit ist die Ernennung der Mitglieder für diese Commission noch nicht von allen Bundesregierungen erfolgt; es hängt davon ab, wie bald die Commission ihre Arbeiten beginnen und erledigen wird, ob der Entwurf noch in dieser Session dem Reichstag vorgelegt werden kann. — Die Ernennung der Mitglieder für die Commission zur Be- ratung eines Viehsehengesetzes ist nunmehr von allen Bundesregierungen erfolgt; am 1. Mai wird die Commission zusammentreten. — Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat die Directionen der Staats-Eisenbahnen und der unter Staatsverwaltung stehenden Privatbahnen, letzteren vorbehaltlich der Zustimmung der Gesellschafts-Beratungen, ermächtigt, für diejenigen Gegenstände, welche für die vom 22.

an der preußischen Grippe, eine Maßregel, welche bei Ausbruch der Pestepidemie in Russland getroffen worden ist, dürfte vorläufig noch nicht zurückgenommen werden. Der ursprüngliche Grund ist nach der augenblicklichen Lage der Verhältnisse nicht mehr zutreffend, vielmehr scheinen jetzt politische Gründe dafür maßgebend zu sein. Es sei hierbei erwähnt, daß der Prof. Hirsch, der Führer der diesseitigen Expertencommission, sich gegenwärtig in Danzig befindet, wo er einen mehrwochentlichen Aufenthalt nehmen und seinen Bericht an den Reichskanzler feststellen wird. Wir haben bereits mitgetheilt, daß der selbe zur Veröffentlichung bestimmt ist; wie man hört, dürfte der Reichskanzler denselben dem Reichstage übermitteln.

■ Berlin, 28. April. [Die erste Reichstagsession.] Die lückenhafte Besetzung des Reichstages in seiner heutigen ersten Sitzung nach den Osterferien gab dem Präsidium zu der Befürchtung Raum, daß eine Auszählung zur Constatirung der Beschlussfähigkeit führen müßte. So wurden denn auch all die großen und kleinen Künste angewendet, um in der ersten Hälfte der Sitzung einer Abstimmung auszuweichen, die etwa zum Hammelsprung führen konnte. Als aber das Nahrungsmittelgesetz zur dritten Lesung gelangte, wurde von dem Abg. Dr. Zimmermann der Antrag auf Auszählung gestellt. Der Namensaufruf erfolgte sodann unter großer Spannung des Hauses. Boten wurden nach allen Seiten ausgesandt, um noch einiger Abgeordneter habhaft zu werden, denn die vom seligen Socialdemokraten Schweizer eingeführte Methode der Zählung der Hütte ergab, daß noch neun fehlten. Ehe noch der Präsident das Resultat proclamirte, wußte man schon im Hause, daß noch eine Stimme zur Beschlussfähigkeit fehlte. In diesem kritischen Augenblicke trat der sozialdemokratische Abg. Wiener in den Saal und bewahrte den Reichstag mit seiner 199. Stimme vor der Beschlussfähigkeit. Als Curiosum der Sitzung ist noch zu verzeichnen, daß der conservative Abg. von Knobloch-Bärwalde, dessen Wahl im zweiten Königberger Wahlkreise von der Wahlprüfungscommission für ungültig erklärt worden ist und in der heutigen Plenarsitzung verhandelt werden sollte, sein Mandat „wirtschaftlicher Verhältnisse wegen“ niedergelegt hat. Wie man jedoch im Hause wissen wollte, ist er zu diesem Acte von seiner Partei veranlaßt worden, welche die durch Beeinflussung der Regierung hervorgerufenen Wahluntreueigkeiten nicht zur Sprache gebracht sehen wollte. Uebrigens widmete das Haus den auf der Tagesordnung stehenden Gegenständen nur wenig Aufmerksamkeit. Das lebhafte Privatgespräch der Abgeordneten bewegte sich vielmehr um die brennende Tagesfrage der Zoll- und Steuerfrage.

[Marine.] S. M. Panzerkorvette „Hansa“, 8 Geschühe, Commandant Corvetten-Capitän Heusner, hat Befehl erhalten, sich von der westindischen Station sofort nach Bahia zu begeben. — S. M. Kanonenboot „Cyclop“, 4 Geschühe, Commandant Capitän-Lieutenant von Schuckmann I., hat am 23. Februar cr. Tientsin verlassen und ist am 6. März cr. in Chedoo eingetroffen.

[Verbote auf Grund des Reichsgesetzes vom 21. Oct. 1878.] Das erlassene Verbot der vom communistischen Arbeiterbildungs-Verein in London herausgegebenen periodischen Druckschrift „Freiheit“ erstreckt sich auch auf diejenigen Nummern dieses Blattes, welche unter der Aufschrift „Der Argus“ zur Ausgabe gelangen.

Ferner wurden verboten die Nummern 20, 21, 23, 25 und 27 der in San Francisco erscheinenden Wochenzitung „California Arbeiter-Zeitung“ vom 28. December v. J., 4. und 18. Januar, 1. und 15. Februar d. J.; die Nummern 33, 1 und 6 des in New-York erscheinenden „Wochenblatts der New-Yorker Volks-Zeitung“ vom 25. December v. J., 4. Januar und 8. Februar d. J.; die Nummer 110 der in Chicago erscheinenden „Chicagoer Arbeiter-Zeitung“ vom 11. Februar d. J.

Wiesbaden, 28. April. [Dr. Bauschau verfügte] empfing gestern den Gouverneur von Mainz, Generalleutnant v. Pritzelwitz und den interimistischen preußischen Geschäftsträger in Darmstadt, von Thielau, machte mehrere Besuche und unternahm hierauf eine Spazierfahrt. Heute werden sämmtlich hier wohnende 42 Generale von Sr. Majestät empfangen. An der gestrigen Tafel nahmen der Landgraf und die Frau Landgräfin von Hessen, die Frau Prinzessin Louise von Preußen, der Herzog Wilhelm von Mecklenburg, der Erbprinz Friedrich von Holstein-Glücksburg, die Prinzessin Elisabeth von Schaumburg und die Prinzessin von Ardeck Thell. Heute sind Prinz Nicolaus von Nassau, mehrere gräfliche Herrschaften, der Regierungs-Präsident von Würmb und die aus Meß hier eingetroffenen Generale v. Wizendorff und v. Schwerin zur Tafel geladen.

—ch. Von der sächsischen Grenze, 27. April. [Gegen den Zolltarif.] In der sächsischen Oberlausitz, wie im Erzgebirge hat der neue Zolltarif mit seinen Zollerhöhungen auf Leinengarne, wie auf Perlen und Seidenhalbsfabrikate bei den Leinenindustriellen und den Posamentierwaarenfabrikanten eine tiefgehende Erregung hervorgerufen. Sie behaupten, daß die Säze des Zolltarifs ohne jede Kenntnis der Verhältnisse der Industrie festgesetzt sind und deren Ruin zur Folge haben müssen. In der Oberlausitz werden jährlich noch jetzt etwa 80,000 Centner Flachs-Garne verarbeitet, theils zu Leinen, theils zu halbleinenen Geweben, und ein nicht geringer Theil davon wird aus Böhmen, Belgien und England bezogen. Von der Weberei leben in der Oberlausitz 32,000 Weber mit ihren Familien. Die Spinnerei ist durch zwei Etablissements vertreten, die zusammen 1500 Arbeiter beschäftigen. Es handelt sich also bei der im Interesse der Spinner projectirten Leinengarn erhöhung von 3 Mark auf 6, 9 resp. 12 Mark um den Vortheil von zwei Spinnereibesitzern gegenüber der Existenzfrage von etwa 150,000 Köpfen. Daß die 280,000 Mark, welche jährlich mehr für Zoll resp. für Vertheuerung des inländischen Garnes und die Höhe des Zolles ausgegeben werden sollen, weder von den Weibern, deren Löhne schon jetzt die armen, fleißigen, bescheidenen und sparsamen Menschen kaum ernährt, noch von den mit niedrigstem Nutzen arbeitenden Leinen-großhändlern getragen werden können, liegt auf der Hand und so erscheint die Versicherung der Leinenindustriellen, daß das Inkrafttreten der geplanten Eingangsätze auf Flachsgarne mit dem sicheren Untergange der Leinenindustrie der sächsischen Oberlausitz und der deutschen Leinenweberei mit ihren 150,000 Weibern überhaupt gleichbedeutend sei, nicht übertrieben. Aus diesem Grunde haben zahlreiche Leinen-Industrielle dieses Bezirks zunächst an die drei Reichstagsabgeordneten der Oberlausitz, Dr. Renzsch, Spinnereibesitzer Grüzner und Reiche, die Aufforderung gerichtet, sich baldigst darüber zu erklären, ob sie ihrer Verpflichtung eingedenkt, für die Interessen ihrer Wahlkreise einzutreten, Alles aufzubieten wollen, um die Unheil verheizenden Zolltariffsäze auf leinene Garne abzuwenden. Von Dr. h. Renzsch und Spinnereibesitzer Grüzner erwartet man eine ablehnende Antwort, von dem ersten, weil er Geschäftsführer einer schutzpolnischen Vereinigung, von dem Letzteren, weil er Spinner ist. Für den Fall der abschläglichen Antwort beabsichtigen die oberlausitzer Leinenindustriellen sich über ihre Reichstagsabgeordneten hinweg an den Reichstag zu wenden und damit wird voraussichtlich ein offenes Misstrauensvotum für die Herren Dr. Renzsch und Grüzner verbunden sein. Es ist nicht zu erwarten, daß dieselben darauf hin ihr Mandat niederlegen, aber einige Eindruck wird es doch machen, wenn zwei Hauptagitatoren der Schutzpolen erklärt wird, daß sie das Vertrauen des weitaus größten Theils ihrer Wähler verscherzt haben. Man hofft übrigens, daß auch die sächsische Regierung sich noch bestimmen lassen wird, ihren Einfluß zu

Kunsten der Herabsetzung der Garnzölle geltend zu machen, schon durch eine den Garnzöllen gegenüber matte und gleichgiltige Handlung der vom Bundesrathe zum Commissar für die Textilbranchen ernannten Geheimen Rath Böttcher lässt sich etwas für die Wünsche der Weber thun. Eine Ironie des Schicksals wäre es, wenn gerade die Flachsgarnspinner, die neben den Eisenindustriellen am eifrigsten für die neue Zollpolitik vorgearbeitet haben, bei der schließlichen Vertheilung der Beute leer ausgingen. Und wenn der Reichstag bedenkt, daß es sich bei der Leinenweberei um eine alte deutsche Haus-Industrie handelt, und sich erinnert, daß dieser einst so blühenden Industrie durch frühere falsche Maßnahmen der preussischen und deutschen Politik (durch Nichtanerkennung der weiblichen Erbsorge in Spanien und Ueberlassung Krakaus an Österreich) die Hauptmärkte genommen sind, wenn er endlich die Zahl der Weber mit der der Spinner vergleicht, wird ihm die Wahl nicht schwer fallen können.

— Die erzgebirgischen Posamentierwaarenfabrikanten, welche in ihren Abgeordneten einen thätigen Vertreter ihrer Wünsche auf Belassung der jetzigen Zölle haben, sind direct an den König selbst gegangen um seine Hilfe in Anspruch zu nehmen. Da es sich hier um eine Industrie handelt, die sehr stark für den Export arbeitet und durch Verdrängung der Ausländer vom inländischen Markte nichts gewinnen kann, darf dieser Industriezweig, der 100,000 Menschen ernährt, wohl auch auf besondere Berücksichtigung rechnen.

## Frankreich.

○ Paris, 26. April. [Rede Lepère's in Auxerre.  
Der Prozeß gegen den Bischof von Aix. — Grévy's Erholungsreise. — Der König von Belgien in Paris. — Tod des Scharfrichters Nah. — Zur Wahl Blanqui's. — Reisen der Minister. — Schluß der Session mehrerer Generalräthe.] An demselben Tage, an welchem Jules Ferry in Epinal seine Unterrichtsgesetze gegen die Angriffe der Ultramontanen vertheidigte, sprach der Cultusminister Lepère in Auxerre vor einer Versammlung von Handeltreibenden über die Stellung der Regierung zur clericalen Agitation. Die beiden Reden ergänzen sich. Lepère erklärte nicht minder entschieden als J. Ferry, daß die Regierung die Rechte des Staates den Unmaßungen der Kirche gegenüber aufrecht zu halten wissen werde. „Man darf nicht behaupten lassen, sagte der Cultusminister unter Anderem, daß die Regierung die Religion angreifen will. Wir wollen vielmehr die Freiheit des Gewissens vertheidigen, die Freiheit des Gewissens für Alle, Protestant, Israeliten und Freidenker. Aber gleichzeitig darf das Concordatgesetz für Nie-

und freudenter. Aber gleichzeitig darf das Convictionsgesetz für alle  
Männer ein leeres Wort sein. Ich werde diesem Gesetz bei allen  
Mitgliedern des Clerus, so hoch sie auch gestellt sein mögen, Achtung  
verschaffen. Der Priester darf von der Kanzel nur religiöse Lehren  
ertheilen, für diejenigen, welche dieselben in der Kirche suchen. Wenn  
er unsere Staatseinrichtungen angreift, wenn er sich erlaubt, die  
Staatsbeamten oder die Privatleute zu beschimpfen, so müssen solche  
Ausschreitungen unterdrückt werden. Sie können überzeugt sein, meine  
Herren, daß ich unter allen Umständen mit der größten Fertigkeit  
den Gehorsam gegen die Gesetze aufrecht erhalten werde, aber daß  
ich auch in meinen Beziehungen zum Clerus den Anstand bewahren  
werde, den ich stets gegen Ledermann beobachtet habe.“ Diese  
Neuerungen werden ihn bei den Clericalen ebenso verhaft machen,  
wie es bisher Jules Ferry gewesen und sein Verhalten gegen den  
Erzbischof von Aix wird nicht minder die ganze ultramontane Ge-  
ellschaft in die höchste Aufregung versetzen. Lepèze hat durch die  
„Agence Havas“ auseinandersezgen lassen, warum er den Erzbischof  
von Aix vor dem Staatsrath verklagt, während er doch gegen die  
anderen Bischöfe, die öffentlich gegen die Unterrichtsgesetze J. Ferry’s  
protestirt haben, nicht eingeschritten ist. Der Grund ist einfach dieser:  
der Erzbischof von Aix hat sich erlaubt, in einem Hirtenbriefe, der  
von allen Kanzeln verlesen wird, also in einem offiziellen bischöflichen  
Actenstück die Regierung anzugreifen. Die anderen Prälaten haben  
sich bekanntlich darauf beschränkt, Petitionen an die Kammer zu  
richten. Das Vergehen des Amtsmißbrauchs, dessen sich der Erz-  
bischof von Aix schuldig mache, ist nach dem organischen Gesetz vom  
Jahre X. zuerst vor dem Staatsrath anhängig zu machen. Die Re-  
gierung scheint entschlossen, alle anderen Prälaten, die das Beispiel  
des Genannten nachahmen, ebenso zu behandeln. Der Staatsrath,

hat in einer Plenarversammlung aller seiner Mitglieder darüber zu entscheiden, ob das in Rede stehende Vergehen vor die gewöhnlichen Gerichte zu verweisen ist. Seit zehn Jahren ist nur ein einziger Bischof in dieser Weise vor dem Staatsrathc angeklagt worden und zwar noch unter dem Kaiserreich. Dieser Prälat hatte die Encyclique ohne Genehmigung der Regierung verkündigt. Wenn der Proces des Erzbischofs von Alz seinen Gang geht, so fällt er unter drei Artikel (204—206) des Strafgesetzbuches. Es scheint uns der Mühe wert den Inhalt dieser Artikel nachstehend anzugeben: „204. Jede Schrift welche geistliche Instructionen in gleichviel welcher Form ertheilt und in welcher ein Priester sich herausnimmt, sei es die Regelung oder irgend einen Act der öffentlichen Gewalt zu kritisiren oder zu tadeln, zieht die Strafe der Verbannung für den Priester der sie veröffentlicht hat, nach sich. 205. Wenn die in vorstehenden dem Artikel erwähnte Schrift eine directe Auflorderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze oder gegen andere Acte der öffentlichen Gewalt enthält, oder wenn sie darauf abzielt, einen Theil der Bürger gegen die andern zu bewaffnen, so ist der Priester, der sie veröffentlicht hat mit der Deportation zu bestrafen. 206. Wenn die in der priesterlichen Schrift enthaltene Aufreizung einen Aufstand oder eine Verschwörung nach sich zieht, deren Charakter für einen oder mehrere der Schuldbigen eine härtere Strafe als die der Verbannung bedingt, so ist diese Strafe gegen den Priester, welcher sich der Aufreizung schuldig gemacht hat, anzuwenden.“ — Bielleicht wird der Präsident der Republik in nächster Woche seine seit längerer Zeit beabsichtigte Erholungsreise nach Mont-sous-Baudrey antreten. Dieselbe ist bisher immer verzögert worden, nicht nur durch die politischen Zwischenfälle, sondern auch durch das ungünstige Wetter, denn wir kommen aus den atmosphärischen Störungen nicht heraus und ein Tag nach dem anderen bringt unaufhörliche Regengüsse. — Der „Gaulois“ hat in Erfahrung gebracht daß der König von Belgien sich zwei Tage im strengsten Incognito in Paris aufgehalten habe. Er sei in Begleitung der Prinzessin Stefanie Clotilde auf dem Nordbahnhofe abgestiegen, ohne erkannt zu werden, obgleich ihn der belgische Gesandte Baron Beyens, daselbst erwartete. König Leopold habe diesen Ausflug unternommen, um Königin Victoria bei ihrer hiesigen Unwesenheit zu begrüßen. — Der „Figaro“ zeigt an, daß der französische Scharfrichter Koch (es giebt für ganz Frankreich nur einen Scharfrichter) plötzlich gestorben ist. Koch war seit etwa sechs Jahren im Amte. Er hat sich bei Weitem nicht eines so großen Rufes erfreut, wie sein Vorgänger Heindrich und während seiner „Geschäftsführung“ sind auf dem Schafott mitunter höchst widerwärtige Scenen vorgekommen. — Alle Minister haben an dem heutigen Consell, in welchem Jules Grevy den Vorsitz führte, Theil genommen mit Ausnahme Jules Ferry's, der noch in Epinal ist. Es wurde die Ueberzeugung ausgesprochen, daß die Kammer die ungesehliche Wahl Blanqui's nicht bestätigen werde; nöthigenfalls aber beschloß der Conseil, entschieden

gegen die Bestätigung derselben einzutreten. Das Resultat der Wahl von Bordeaux wird daher auch nicht mit demjenigen der andern Wahlen im „Amtsblatt“ veröffentlicht werden. Der nächste Minister-rath findet erst in acht Tagen statt. Waddington reist heute wieder nach dem Aisne-Departement ab und auch der Justizminister Le Royer wird in nächster Woche Paris verlassen. Gambetta reist am Mittwoch nach den Pyrenäen ab. — 40 Generalräthe haben schon ihre Session geschlossen.

## B e l g i e n.

Brüssel, 24. April. [In Betreff des Schulgesetzes] schreibt man der „R. Ztg.“: Als das Schulgesetz von 1842 zu Stande gekommen war, ließ Nothomb, der damalige Minister des Innern, an die Diözesan-Inspectoren sofort die Aufforderung ergehen, über die Ernennung der Lehrer in Bezug auf deren Brauchbarkeit zur Ertheilung des Moral- und Religions-Unterrichts ihr Gutachten abzugeben. Und dieses Gutachten fiel, wie gar nicht anders zu erwarten war, dahin aus, daß kein Lehrer überhaupt angestellt werden dürfe, der dem Clerus nicht brauchbar erschien. Diese Anmaßung war aber auch Herrn Nothomb zu stark. In einem bestimmten Falle, wo ein durchaus tüchtiger, mit den besten Zeugnissen versehener Lehrer von dem Geistlichen der Gemeinde abgelehnt worden war, verfügte der Minister, der doch sonst dem Clerus allzu gern nachgab, an den Gouverneur der Provinz, wie folgt: „Der Lehrer L. ist mir als ein in seinem Wandel untadelhafter Mann dargestellt worden. Allerdings hat die geistliche Behörde ihm ein Zeugniß über seine Brauchbarkeit für den Unterricht der Moral und der Religion nicht ertheilt, aber das ist kein Grund für mich, die Bestätigung seiner Ernennung zu verweigern. Wenn der Herr Pfarrer von M. ihm diesen Unterricht nicht anvertrauen zu können glaubt, so sollte er sich selbst damit befassen oder eine andere Person dazu beauftragen. Moral- und Religions-Unterricht muß ertheilt werden, und dem Geistlichen kommt es zu, dafür zu sorgen, entweder durch den Lehrer, wenn ihm dieser dazu befähigt erscheint, oder in eigener Person oder durch einen besonderen Vertreter. Dies ist dem Herrn Pfarrer von M. zur Kenntniß zu bringen.“ Der Lehrer L. wurde wirklich angestellt und der Pfarrer durfte nach Belieben in die Schule kommen, um selber den Religionsunterricht zu ertheilen. Damals hat Niemand diese Entscheidung des Ministers ruchlos gefunden; doch heute, wo Art. 4 des neuen Schulgesetzes genau dasselbe anordnet, schreit man Zeter über die Entchristlichung der Schule.

[Baron d'Anethan,] der diplomatische Vertreter Belgien beim heiligen Stuhle, ist, nachdem er seit Sommer beurlaubt gewesen, am 21. d. in Rom eingetroffen und in sein Gesandtschaftsamt wieder eingetreten.

[Zur Hausstandssteuer.] Der bereits angekündigte Plan der Regierung, die Hausstandssteuer (impôt des foyers) aufzuheben und durch eine Steigerung der Grundsteuer zu ersetzen, hat die clericale Partei in die größte Wuth versetzt. Das „Journal de Bruxelles“ ruft, ein Staatsmann von so unbestrittenem Talent wie Frère Orban werde seine glänzende Laufbahn nicht mit einem so schändlichen Streiche beschließen wollen, der offenbar darauf berechnet sei, zum Vortheil der liberalen Partei eine große Zahl von Staatsbürgern ihres Wahlrechts zu berauben. Es handelt sich nämlich darum, einem pfiffigen Wahlmann über, daß die clericale Partei für das nächste Jahr ins Werk gesetzt hat, vorweg die Spize abzubrechen. Die „Étoile Belge“ stellt die Sache so dar: Ueberall, wo die Partei einen sichern, treuen, ergebenen, folgsamen Mann entdeckt hat, ist man daran gegangen, in dessen Giebel oder Dach mehrere Löcher zu schlagen und auf diese Weise durch Vermehrung der Herde im Hause den Wahlcensus zu vervollständigen. Die Kosten trägt natürlich die Partei, die dadurch einige gutgesinnte Wähler mehr gewinnt. Nun, diese Löcher, durch welche ganz neue Wähler, die ihr Dasein lediglich einer nicht von ihnen selber, sondern von der Partei bezahlten Herdsteuern verdanken, in den politischen Kampf mit hineinschlüpfen sollen, will die liberale Regierung eben nur zustopfen. Denn das von Malou und Genossen selber unterzeichnete Gesetz über die geheime Wahlabstimmung hat ausdrücklich festgestellt, daß jeder Fälschung der Wählerlisten aufs Strengste entgegengetreten werden müsse, damit die Volksvertretung auch eine wahrhaft ehrliche sei.

## Provinzial - Zeitung.

+ Breslau, 28. April. [Rennen auf der Bahn bei Scheitnig.]  
Zweiter Rennstag. Die Witterung war heute im Vergleich zum gestrigen ersten Rennstage weniger günstig, und obgleich der Himmel keine Regenschauer herabsendete, so wehte doch ein so eisig kalter Nordwind, daß ein großer Theil der Anwesenden in warmer Winterkleidung erschienen waren. Zug alledem war der Besuch über alles Erwarten zahlreich, wenn auch nicht zu leugnen ist, daß unter günstigeren Witterungsverhältnissen eine noch größere Betheiligung stattgefunden hätte. Der Vorstand bestand aus denselben Personen wie gestern, und ebenso concertirte wiederum das Trompeter-Corps des Leib-Kürassier-Regiments (Schlesisches) Nr. 1. Um Punkt 3 Uhr nahm mia hoffentlich das Rennen seinen Anfang.

3 Uhr, nahm wie bestimmt das Rennen seinen Anfang.  
**I. Kronprinz-Friedrich-Wilhelm-Rennen.** Staatspreis 2000 Mark. Für im deutschen Reich und in der österreichisch-ungarischen Monarchie 1876 geborene Hengste und Stuten. 240 Ml. Einsatz, halb Reugeld. Gew. 55 Kg., Stuten  $1\frac{1}{2}$  Kg. erlaubt. Der Sieger im Zucht-Rennen desselben Jahres  $3\frac{1}{2}$  Kg., das zweite Pferd in diesem Rennen  $1\frac{1}{2}$  Kg. extra. Distanz 2000 Meter. Dem zweiten Pferde die Hälfte der Einjäge und Reugelder. Geschlossen am 1. Febr. 1877. (11 Unterschriften.) — Von den 9 angemeldeten Pferden erschienen nur 4 auf dem Platze, darunter 2 königl. Stuten aus dem königl. Haupt-Gestüt zu Gradiß, dessen Produkte seit langer Zeit hier nicht gelaufen. 1) Kgl. Hpt.-Gest. Gradiß's, F.-St. "Walhalla" v. Rustic a. d. Beilchen. Schwarz und weiß gestr., schwarze Kappe.  $53\frac{1}{2}$  Kg. 2) Dasselben dbr. Stute "Weiße Dame" v. Macgregor a. d. White Slave. Schwarz und weiß gestr., schwarze Kappe.  $53\frac{1}{2}$  Kg. 3) Graf H. Hendel sen's br. H. "Riflemen" v. Giles I. a. d. Gaiety. Blau und weiß gestr., schwarze Kappe. 55 Kg. 4) Frhnen. Cd. von Oppenheim's br. H. "Bismarck" v. Monsieur a. d. Confidante. Roth, blaue Aermel, schwarze

**Kappe.** 55 Kg.  
Unter Führung von „Bismarck“ gefolgt von „Weiße Dame“ und „Riflesman“, sowie „Walhalla“ als Schluss ging nach gutem Start die Reihe bis an das Affenhaus am zoologischen Garten, wo „Walhalla“ vorging, sofort das Rennen aufnahm, und gegen „Bismarck“ um eine halbe Länge siegte.  
**II. Verkaufs-Mennen.** Vereinspreis 1500 M. Für 3jähr. und ältere in Deutschland und Oesterreich-Ungarn geborene Pferde. 80 M. Einsch., halb Reugeld. Gew. 3jahr. 52 Kg., 4jahr. 60½ Kg., 5jahr. 63 Kg., 6jahr. und ältere Pferde 64 Kg., Stuten und Wallache 1½ Kg. erlaubt, Distanz 1000 Meter. Der Sieger ist für 1000 M. läufig. Für je 500 M. theurer eingesezt, 2½ Kg. extra. Dem zweiten Pferde seinen Einsch. Zu nennen bis 15. April. Nachnennungen mit dreisachem Einsch. resp. Reugeld bis Tags vor dem Rennen, Abends 8 Uhr, im Vereins-Secretariat in Breslau, Karlsstraße 28. Bis 15. Apr. (4 Unterschriften). — Zu den 4 angemeldeten Pferden wurde in der letzten Stunde noch „Blaubeere“ mit dreisachem Einsch. nachgenannt. Es erschien demnach 5 Pferde am Pfosten und zwar  
1) Freiherr Ed. v. Oppenheim's 4jähr. J.-St. „Distel“ von Breadalbane a. d. Touch me Not. Roth, blaue Armerel, schw. R. (1000 M.) 59 Kg.  
2) Lieutenant von Radenstein's 4jähr. J.-St. „Angelica“ von Lord of the Vale a. d. Angele. Schwarz und weiß. (1500 M.) 61½ Kg. 3) Hrn. v. Rüffer's jun. 3jahr. br. St. „Die Einige“ von Primas a. d. Hete. (1000 M.) 50½ Kg. 4) Graf B. Schmettow's 6jähr. J.-S. „Endymion“ von Blair Athol a. d. Esther (1500 M.) 66½ Kg., gelbe Jade, schw. Kappe. 5) Hrn. Raimund's br. Stute „Blaubeere“ v. Blue Gown a. d. Kishazony. Blau,

Nach gutem Start hatte „Endymion“ bald die Spitze und schien das Rennen am Raubtierbaue des zoologischen Gartens gewonnen zu haben, als ihm plötzlich ein Blutgefäß sprang und in Folge dessen geschlagen zurückblieb. „Distel“ und „Blaubeere“ gewannen dadurch die Front, und ging Ersterer als Sieger hervor. — Bei der hierauf erfolgten Verlosung fiel der Gewinn von 1000 Mark — wie bereits mitgetheilt — auf Nr. 3172.

III. Fürsten-Preis. Ehrenpreis nebst Staatspreis von 5000 M. für 3jähr. und ältere inländische Hengste und Stuten. 200 M. Einsatz, halb Reugeld. Gew. 3jahr. 48 Kg., 4jahr. 59 Kg., 5jahr. 62½ Kg., 6jahr. u. ältere Pferde 64 Kg. Stuten 1½ Kg. erlaubt. Sieger für jedes Rennen (Handicaps u. Verlaus-Rennen ausgenommen) mit einem gegebenen Preise von 2000 bis 2999 M. 1½ Kg., von 3000 bis 4999 Mark 2½ Kg., von 5000 Mark und darüber 3½ Kg. extra bis 10 Kg. Maximum. Maiden, die dreimal gelaufen, 2½ Kg. erlaubt. Distanz 2000 Meter. Dem zweiten Pferde die Hälfte der Einlagen, nach Abzug des einfachen Einsatzes für das dritte Pferd. Die andere Hälfte der Einlagen bis 1000 M. dem Rückter des siegenden Pferdes. Geschlossen am 18. März. (11 Unterschriften). Von 11 angemeldeten Pferden beteiligten sich nur 2 an diesem Rennen, nämlich 1) Fürst Hohenlohe-Dehringen's 3jahr. br. h. „Donnerfeil“ v. Sabernate a. d. Stella. Weiß lund roth gefreit, weisse Kappe, 54½ Kg. und 2) Herrn Raimund's 3jahr. f.-h. „Mars“ v. Sabernate a. d. Missunde. Gelb, rothe Kappe, 48 Kg.

In scharfer Pace nahm „Mars“ die Führung und behielt dieselbe bis an die Ziegelei, wo „Donnerfeil“ plötzlich vorging und nach Gefallen siegte.

IV. Staatspreis IV. Klasse. 1500 M. Für alle 3jahr. inländische Hengste und Stuten, welche noch keinen Staatspreis I., II. oder III. Klasse gewonnen haben. 120 M. Einsatz, halb Reugeld. Gew. 55 Kg., Stuten 53½ Kg. Gewinner von Preisen IV. Kl. tragen für jeden solchen Sieg im laufenden Jahre 1½ Kg. mehr. Distanz 1600 Meter. Dem zweiten Pferde die Hälfte der Einlage und Reugelder. Geschl. 8. April. (Künf Unterschriften). Von den fünf angemeldeten Pferden erschien nur Frhr. Dr. von Oppenheim's br. f.-h. „Page“ v. „Soapstone“ a. d. „Soumire“ allein am Pforten und ging für den Preis über die Bahn, da die übrigen vier Concurrenten Abstand genommen.

V. Graf Hendl-Preis von 2000 M. Freies Handicap. Für 3jahr. und ältere Pferde aller Länder, welche 1879 in Breslau gelaufen sind. 100 M. Einsatz, ganz Reugeld. Die Gewichte werden am Tage des Rennens vor Nr. IV. an der Waage bekannt gemacht. Distanz 1200 Meter. Dem zweiten Pferde die Einlagen bis 400 M., nach Abzug des einfachen Einsatzes für das dritte Pferd. Auf dem Rennplatz erschienen 6 Pferde und zwar: 1) Herrn D. Dehlschläger's 4jahr. br. h. „Pontois“ v. „Dutch Slater“ a. d. „Dile“; Gelb, blaue Schärpe, schwarze Kappe. 60 Kg. 2) Prinz Dr. Hahsfeld's 4jahr. br. h. „Cantabre“ v. „Don Carlos“ a. d. „Glaucia“; Gelb, schwarze Kappe. 60 Kg. 3) Graf Goldstein's 5jahr. br. St. „Countess Sabern“ v. „Sabernate“ a. d. „Merima“. Duntelblau, rothe Kappe, 56½ Kg. 4) Graf h. Hendl v. Donnersmardsen's 3jahr. br. St. „Bissula“ von „Diby Grand“ a. d. „Jogense“. Blau und weiß gefreit, schw. Kappe, 55 Kg. 5) Herrn D. Dehlschläger's 4jahr. br. h. „Brenden“ v. „Mortemer“ a. d. „Contract“. Gelb, blaue Schärpe, schw. Kappe, 51½ Kg. 6) Herrn Raimund's 3jahr. br. St. „Broad Arrow“ v. „Landmark“ a. d. „Queen of Trumps“. Gelb, rothe Kappe, 42½ Kg.

Nach gutem Ablauf ging die Gesellschaft geschlossen bis zwei Drittel der Bahn, wo „Bissula“ einer Vorsprung mache, jedoch bald geschlagen zurückblieb. Hier ging „Cantabre“ geschlossen vor und kam als Sieger am Ziele an. „Broad Arrow“ zweite und „Countess Sabern“ gute dritte.

VI. Steeple-Chase. Staatspreis 1900 M. Herren-Rennen. Auf 4jahr. und älteren in Deutschland und Österreich-Ungarn geborenen Hengste und Stuten. 100 M. Einsatz, halb Reugeld. Gew. 4jahr. 75 Kg., 5jahr. 79½ Kg., 6jahr. und ältere Pferde 83 Kg. Pferden, die kein Hindernis-Rennen im Werthe von 5000 M. gewonnen haben, 2½ Kg., von 3000 bis 4999 M. 5 Kg., von 1500 bis 2999 M. 7½ Kg., die kein Hindernis-Rennen im Werthe bis 1499 M. gewonnen haben, 10 Kg., und Maiden in Hindernis-Rennen, die bereits dreimal vor dem Start in Steeple-Chases gelaufen, 12½ Kg. erl. Sieger in Hindernis-Rennen vor 1878 dürfen zu der ihnen zugestand. Gewichts-Erliechtung sich überdem noch 2½ Kg. anrechnen. Distanz ca. 4000 Meter. Dem zweiten Pferde die Einlagen nach Abzug des doppelten Einsatzes für das dritte Pferd. Geschlossen am 15. April. (12 Unterschriften). Von den 12 angemeldeten Pferden beteiligten sich nur 5 und zwar: 1) Freiherr E. von Hallenhause's br. St. „Nemeis“ von Starke a. d. Bay Lettie. Blau mit weißen Tupfen, blaue Kappe. 75½ Kg. Geritten vom Besitzer. 2) Prinz Fr. Hahsfeld's 5jahr. f.-h. „Parabel“ von Breddalbane a. d. Problem. Gelb, schwarze Kappe. 63½ Kg. Geritten vom Herrn von Twedel. 3) Lieut. von Koppy's (4. Dragoner) schw. h. „Decoy“ von Brown Tommy a. d. Evergreen. 69½ Kg. Geritten vom Besitzer in Uniform. 4) Herrn D. Dehlschläger's 5jahr. br. h. „Wachtel“ v. Typhoeus a. d. Golfsch. Gelb, blaue Schärpe, schwarze Kappe. 71 Kg. Geritten vom Lieut. von Bodden (17. Ulanen). 5) Lieut. von Tepper-Lasch's II. Jähr. schw. St. „Asta“ v. Sabernate a. d. Aniella. Grau, blaue Schärpe. 71 Kg. Geritten vom Besitzer.

Nach dem Senken der Flagge gingen die Pferde in scharfer Pace vom Pforten ab. „Decoy“ fuhrte zwei Drittel der Strecke im großen Abstand. Nach Passieren des Tribünenprunges zog das Feld allmälig an den Hengst heran. An der Ziegelei bei Grünreiche ging auf einen Moment „Nemeis“ voran, wurde aber bald wieder zurückgewonnen. „Asta“, schon vom Oder-schlösschen zurückgehalten, vermochte das Tempo nicht zu behaupten. Beim Einbiegen in die Neuenbahn hatte „Decoy“ den Kopf noch vorw. „Nemeis“ und „Parabel“ jedoch gingen an der Distance bei ihm vorbei und machten ein schnes Rennen, aus welchem „Parabel“ um einen Hals als Sieger hervorging. „Decoy“ ziemlich gute Dritte. „Wachtel“ und „Asta“ in weiten Abständen folgend.

Im Ganzen genommen wurde bei diesem Steeple-Chase vorzüglich geritten, und gab es für die Zuschauer, welche den Sieger mit lautem Beifallsrufen überstießen, ein aufregendes und interessantes Schauspiel. — Auch bei dem heutigen Rennen, das gegen 6 Uhr beendet war, ist kein Unfall vorgekommen.

+ [Se. Königliche Hoheit der Prinz Albrecht] nebst Gemahlin langten heute früh um 6 Uhr 35 Minuten, mittels des Schnellzuges der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn von Berlin, resp. Hannover kommend, auf dem hiesigen Centralbahnhofe an. Nach halbhündigem Aufenthalt seßten die hohen Herrschaften mit dem Personenzug der Breslau-Mittelwalder Eisenbahn ihre Weiterreise nach Schloss Camenz fort, woselbst dieselben einen längeren Frühlingsaufenthalt zu nehmen gedenken.

? [Julius Buths.] Wie uns aus Elberfeld telegraphisch gemeldet wird, wurde Herr Julius Buths aus Breslau zum Leiter der dortigen Casino-Abonnement-Concerte gewählt. Wenn, wie leider zu befürchten ist, Herr Buths diese Wahl annimmt, so verliert der Buths'sche Gesangverein seinen bewährten und verdienten Dirigenten, unjete Stadt aber erleidet durch den Weggang des hochbegabten Künstlers einen empfindlichen Verlust.

= Grünberg, 27. April. [General-Versammlung des Pächter-Vereins. — Lehrerbverein. — Concert. — Ober-Ersatz-Geschäft.] Der hiesige Pächter'sche Gefängnivei hielt am Freitag Abend seine diesjährige Generalversammlung ab. Dem vom Schriftführer, Herrn Contreleur Schröter, verfaßten Geschäftsbericht entnehmen wir, daß der Verein 248 Mitglieder zählt, davon sind aktiv 146, passiv 102; der Kassenbericht weist für das verflossene Vereinsjahr einen Überschuss von 354 M. nad. Im Laufe des Jahres fanden 9 Aufführungen statt. Vor der Neuwahl des Vorstandes erklärten die Herren Postsekretär Hesse, Kassirer des Vereins, und Contreleur Schröter, Schriftführer, daß sie wegen Mangel an Zeit eine Wiederwahl nicht annehmen könnten. Es wurden gewählt die Herren: Lehrer Schedel, als stellvertretender Dirigent, (Herr Pächter ist ständiger Dirigent), Buchhalter Bünker als Kassirer, Depotschiff-Kassen-Rendant Salvius als Schriftführer und Lehrer Feindt als Bibliothekar. — In der gestrigen Sitzung des „freien Lehrerbvereins“ hielt Herr Rector Stolz einen Vortrag über: „Das Lesebuch als Sprachbildungsbuch.“ Die aus der Praxis hervorgegangenen Aufführungen, den das Thema eingehend behandelnden Abhandlung fanden zum größten Theil die Zustimmung der Versammlung. — Das am Donnerstag von dem Pedalbarfenist und Kammermusiker, Herrn Posse und Dr. Gantenberg, einer Clebin der königl. Hochschule für Musik zu Berlin, und deren Vater, dem Flötisten Herrn Gantenberg, hier veranstaltete Concert bildete einen würdigen Abschluß der diesjährigen Musisaeson. Das Concert hatte sich eines zahlreichen Beifalls zu erfreuen und fast sämtliche Bieter des treiflich zusammengestellten und meisterhaft ausgeführten Programms ernteten den ungeheiltesten Beifall. — Das diesjährige Ober-Ersatz-Geschäft im hiesigen Kreise findet am 23. und 24. Mai c. statt.

= Warmbrunn, 27. April. [Militär-Curhaus.] Der Jahresbericht

für das Jahr 1878 des seit dem Jahre 1865 am hiesigen Badeort als Nationaldank an die preußische Armee und Flotte gegründeten Militär-Curhauses weist einen Überblick über die 13jährige Thätigkeit dieser aus Beiträgen der Privatwohlthätigkeit gegründeten Militär-Stiftung nach. Während dieser 13jährigen Verwaltung (1866—1879) wurden 3289 Militärs, darunter 1296 zu Freistellen berechtigte Militärpersonen, aufgenommen. Die Anzahl der Verpflegungsstage belief sich innerhalb dieses Zeitraumes auf 100,920 Tage. Daß die Thätigkeit dieser Militär-Stiftung namentlich nach den Kriegen von 1866 und 1870—71, namentlich durch die Humanität und Münificenz des Herrn Besitzers der hiesigen Thermen als eine wohlthätige und Gesundheit schenkende anzusehen war, ist schon aus den Berichten dieser Jahrgänge und den unmittelbar auf dieselben folgenden genugsam zu Tage getreten. Daß sich die Stiftung jedoch nur durch fortgesetzte milde Spenden und Unterstützungen in einer den erforderlichen Ansprüchen genügenden Verfaßung zu erhalten vermochte, da ihr ein ausgiebiger Fonds nicht zur Seite steht, darf deshalb ebensowenig verschwiegen werden, als es andererseits zu bedauern sein würde, wenn die hiesige Curhaus-Einrichtung für die preußische Armee und Flotte einmal verloren gehen sollte. Zum Glück für die Stiftung sind aber vorzugsweise seit Beginn dieses Jahres die Quellen der Privatwohlthätigkeit für das wohlthätige Heil-Institut so reichlich gestlossen, daß von den eingegangenen Summen sogar eine zum Theil vollständige Erneuerung, sowohl der Localitäten, als ihrer inneren Einrichtungen und des nötigen Conforts in's Werk gesetzt werden konnte, die jetzt bei Beginn der Saison nahezu vollendet ist. Das hiesige Militär-Curhaus wird am 15. Mai die Saison für 1879 eröffnen. Der Verpflegungs-Tarif ist durch die königliche Militär-Behörde festgesetzt und auch in seinen völlig zufriedenstellenden Bestätigungsbriefen bestätigt worden. Ansprüche auf freies Bar oder auf gänzliche Freistellen müssen womöglich schon bis Ende April oder wenigstens schon bis vor Beginn der Saison des Militär-Curhauses erfolgen und von ärztlichem Attest und event. amtlicher Bescheinigung der Mittellosigkeit begleitet sein. Die wohlthätigen Wirkungen der hiesigen Thermen namentlich für alte Wunden und Rheumatismen aller Art, besonders auch Gelenk-Rheumatismus, sind allbekannt, und die wesentlichen Verbesserungen und Erweiterungen, welche die hiesigen Bade-Einrichtungen in den letzten Jahren erfahren haben, werden daher auch in geistigerem Grade durch die Münificenz des Herrn Badebesitzers wie bisher den hier Heilung suchenden Militärs zu Gute kommen.

J. P. Glaz, 28. April. [Verurtheilung wegen Mord und Diebstahl.] Vor dem hiesigen Schwurgericht wurde am Freitag und Sonnabend die Untersuchung wider die Arbeiter Reichel aus Ullersdorf, Tschöpe, Nieder und Schimmel aus Rengersdorf verhandelt, von denen Reichel und Tschöpe angeklagt waren, den Stellenbesitzer Werner zu Ullersdorf am 21. Juni v. J. Mittags, in seinem Hause getötet und demselben über 300 Mark baares Geld gestohlen zu haben. Nieder war wegen Theilnahme am Mord und Diebstahl und Schimmel wegen Habserei angeklagt. Werner war 60 Jahre alt, unverheirathet und hatte sehr einsam gelebt. Am genannten Tage, Nachmittags 1 Uhr, hatten die Nachbarn den Werner in seinem Hausschlaf tot liegen gefunden und sofort Anzeige gemacht. Die Untersuchung ergab, daß Werner ermordet und auch bestohlen worden war. In der Nähe des Hauses hatte man um die Mittagszeit vier Männer gesehen und von denselben den am Orte wohnenden Arbeiter Reichel erkannt. Man wußte auch, daß Reichel öfters bei Werner gewesen und von demselben beschenkt worden war. Ferner war bekannt, daß Reichel einen Mann aus Österreich einige Wochen vorher schon aufgefordert haben sollte, den Werner bestehlen und — wenn nötig — tödten zu helfen, da Reichel dies wegen seiner verfummelten Hände nicht allein ausführen konnte. Der Österreicher war aber nicht darauf eingegangen, hatte vielmehr am anderen Tage den Werner gewarnt und den Plan des Reichel einzigen Leuten erzählt. Letzterer wurde daher noch an demselben Tage als der That dringend verdächtig verhaftet, er hatte in der Zwischenzeit schon eine Summe Geld für Kleidungsstücke ausgegeben; dennoch wurden noch über 60 Mark bei ihm vorgefundene. Schon bei seiner ersten Vernehmung hatte er eingestanden, sich am Diebstahl bei Werner, aber nicht am Mord beteiligt zu haben. Letzteren sollte ein Österreicher ausgeführt haben, dessen Namen und Wohnort er nicht wußte. Es wurden nun auch noch die übrigen drei Angestellten, welche mit Reichel gesehen worden waren, verhaftet. — Nach der Aussage derselben wären Reichel und Tschöpe zuerst in das Haus des Werner getreten, während Nieder und der angebliche Österreicher circa 300 Schritt vom Hause entfernt an einer Berglehne Wache gehalten hätten. Im Hause hätten Reichel und Tschöpe den Werner nicht bemerkt und deshalb sofort Bett und Wandstöcke unterfucht und das vorgefundene Geld an sich genommen. Während dieser Arbeit sei Werner gekommen, an der Stubentür aber sofort wieder umgekehrt und der hinteren Haustür zugezellt. Dort sei der Österreicher eben eingetreten, habe sofort den Werner am Halse gefasst, erst an die Wand und dann zur Erde geworfen, auf ihn getreten und gewürgt. Während dieser Zeit sei Tschöpe, nachdem er die Hintertür geschlossen, auf den Boden geeilt, habe dort Schrank und eine Luke unterfucht und das vorgefundene Geld an sich genommen, Währten Reichel im Hausschlaf und Kuhstall gewarnt haben will. Auch der Österreicher soll auf den Boden gegangen und dort noch Geld gefunden haben. Sodann seien sie zu Nieder auf die Berglehne und dann weiter hinauf in den Wald gegangen, wo sie den Raub getheilt hätten. Auf diesem Wege ist ihnen der Nachbar des Werner, Stellenbesitzer Gottwald begegnet, der den Reichel erkannt und bald Schlimmes geahnt. — Nach der ferneren Aussage der Angestellten soll bei der Theilung des Geldes Jeder etwa 90 Mark erhalten und nach derselben der Österreicher sich sofort von ihnen getrennt haben, während sie sich nach Raumitz und Petersdorf begaben und zwischen beiden Orten den Angestellten Schimmel getroffen hätten, der zwar am Morgen derselben Tages noch bei ihnen gewesen, dann aber nach Habelschwör gegangen und nun auf dem Rückwege wieder mit ihnen zusammengetroffen wäre. Schimmel gestestet zu, von Reichel, Tschöpe und Nieder circa 15 bis 18 M. geschafft erhalten, sich darüber gewundert und auf seine Frage, wie sie zu dem Gelde gekommen, die Antwort erhalten zu haben, sie hätten „einen Pfauenbauer gemacht.“ Ein Anderer hätte gesagt „ob geladet.“ — Die Verhandlung dauerte zwei Tage. Es wurden 30 Beugen und 3 Arzte als Sachverständige vernommen. Herr Staatsanwalt Schöne zeichnete das ganze Verbrechen als ein Bild unjerer jetzigen Zustände, als einen Kampf des nichtsbehenden, faulen, arbeitscheuen Mannes mit dem fleißigen und vermögenden Manne, als einen Kampf des Gesetzes mit dem Verbrecher. Die Geschworenen erachteten nach langer Berathung: 1) den Angestellten Tschöpe für schuldig, in Gemeinschaft mit einer oder mit mehreren anderen Personen den Stellenbesitzer Werner vorläufig getötet und die That mit Überlegung verübt zu haben; 2) den Angestellten Reichel für schuldig, die That angestiftet und den Thätern bei Ausführung der selben wissenschaftlich durch Rath und That hilflos gelassen zu haben; 3) den Angestellten Nieder für Nichtschuldig, bei Verübung des Mordes, dagegen für Schuldig, bei Verübung des Diebstahls wissenschaftlich hilflos gelassen zu haben und endlich 4) den Angestellten Schimmel für Schuldig, seines Vortheils wegen Geld, von dem er wußte oder den Umständen nach annehmen mußte, daß es mittelst einer strafbaren Handlung erlangt sei, an sich gebracht zu haben. Des Diebstahls waren die drei ersten genannten Angestellten von vornherein geständig. In Folge dessen verurtheilte der Gerichtshof 1) den Tschöpe wegen Mordes zum Tode und wegen Diebstahls zu einer Gefängnisstrafe von 3 Jahren; 2) den Reichel wegen Aufstellung des Mordes und Diebstahls und wegen Hilfesleistung bei beiden Verbrechen zum Tode und zu einer Zuchthausstrafe von 5 Jahren; 3) den Nieder wegen Theilnahme am Diebstahl zu einer Gefängnisstrafe von 2 Jahren und endlich 4) den Schimmel wegen Habserei zu einer Gefängnisstrafe von 1 Jahr, außerdem sämtliche Angestellten zum Verlust der Ehrenrechte und zu den Kosten. Reichel und Tschöpe sind Jeder 23, Nieder 22 und Schimmel 27 Jahre alt, sämtlich nicht verheirathet.

= Grünberg, 27. April. [General-Versammlung des Pächter-Vereins. — Lehrerbverein. — Concert. — Ober-Ersatz-Geschäft.] Der hiesige Pächter'sche Gefängnivei hielt am Freitag Abend seine diesjährige Generalversammlung ab. Dem vom Schriftführer, Herrn Contreleur Schröter, verfaßten Geschäftsbericht entnehmen wir, daß der Verein 248 Mitglieder zählt, davon sind aktiv 146, passiv 102; der Kassenbericht weist für das verflossene Vereinsjahr einen Überschuss von 354 M. nad. Im Laufe des Jahres fanden 9 Aufführungen statt. Vor der Neuwahl des Vorstandes erklärten die Herren Postsekretär Hesse, Kassirer des Vereins, und Contreleur Schröter, Schriftführer, daß sie wegen Mangel an Zeit eine Wiederwahl nicht annehmen könnten. Es wurden gewählt die Herren: Lehrer Schedel, als stellvertretender Dirigent, (Herr Pächter ist ständiger Dirigent), Buchhalter Bünker als Kassirer, Depotschiff-Kassen-Rendant Salvius als Schriftführer und Lehrer Feindt als Bibliothekar. — In der gestrigen Sitzung des „freien Lehrerbvereins“ hielt Herr Rector Stolz einen Vortrag über: „Das Lesebuch als Sprachbildungsbuch.“ Die aus der Praxis hervorgegangenen Aufführungen, den das Thema eingehend behandelnden Abhandlung fanden zum größten Theil die Zustimmung der Versammlung. — Das am Donnerstag von dem Pedalbarfenist und Kammermusiker, Herrn Posse und Dr. Gantenberg, einer Clebin der königl. Hochschule für Musik zu Berlin, und deren Vater, dem Flötisten Herrn Gantenberg, hier veranstaltete Concert bildete einen würdigen Abschluß der diesjährigen Musisaeson. Das Concert hatte sich eines zahlreichen Beifalls zu erfreuen und fast sämtliche Bieter des treiflich zusammengestellten und meisterhaft ausgeführten Programms ernteten den ungeheiltesten Beifall. — Das diesjährige Ober-Ersatz-Geschäft im hiesigen Kreise findet am 23. und 24. Mai c. statt.

beren Angehörige ein Tanzkränzchen stalt, welches die Gesellschaft im besten Trockinn und in ungestörter Gemüthlichkeit bis gegen Morgen vereint hielt.

## Handel, Industrie &c.

Berlin, 28. April. [Börse.] Die Börse eröffnete auch die neue Woche in einer festen und animirten Haltung. Der Geschäftsumsatz gewann heut, besonders Anfangs, größere Ausdehnung und konnten die Coursnotirungen vielfach Erhöhungen erfahren. Die selle Stimmung fand wiederum auf dem Eisenbahnmarkte ihre Stütze und verbreitete sich über die anderen Gebiete. Die nicht unbedeutend gesiegten Course regten aber zu Realisationen an und so trat denn in der zweiten Hälfte der letzten Börsenstunde eine allgemeine Abschwächung ein. Von den internationalen Speculationspapieren gingen Defterr. Creditactien wieder ziemlich lebhaft um und begegneten auch bis gegen Schluss recht lebhafter Kauflust, dieselben blieben aber später in Folge von Realisationen mehrere Mark vom höchsten Course wieder ein, Franzosen blieben ruhiger und Lombarden waren ganz vernachlässigt. Die österreichischen Nebenbahnen waren im Allgemeinen fest, wurden aber nur wenig umgesetzt, Albrechtsbahn war beliebt und steigend, Galizier konnten sich gut behaupten, Pardubitzer mußten jedoch nachgeben. Auch für die localen Speculationspapieren herrschte eine seite Tendenz. Disconto-Commandit-Antheile zogen etwas an. Lauraactien waren nicht ganz unbelebt. Ein recht lebhaftes Geschäft entwidete sich in den auswärtigen Staatsanleihen, namentlich war wieder Ungar. Goldrente beliebt, russ. Wertthe schwächer, proc. Staatsanleihe per ult. 85%—%, Noten per ultimo 196½—196, per Mai 197—96½ (Porprämie 198½%). Preußische und andere deutsche Staatspapiere unverändert still. Auch Eisenbahn-Prioritäten verbreiteten sich sehr ruhig. Von den rheinisch-mittelälischen Speculationsdevisen gingen Köln-Mindener auf die Dividende von 6½, v. Etz. sehr rege zu wiederum steigendem Course um, aber auch die anderen schweren Bahnen waren beliebt. Rumänen matter. Bankactien erfreuten sich guter Kauflust, Meiningen Bank zog 3 p.C. im Course an, Deutsche Bank erhöhte die Notiz um 2½ p.C. Sächsische Bank, Thüringische, Berliner Handelsgesellschaft, Darmstädter Bank, Schaffhausen, Nord. Grundcredit, Barmer Bankverein, Luxemburger Bank und Chener Creditbank ebenfalls höher zur Notiz, Centralbank für Bauten mußte dagegen etwas nachgeben. Industriepapiere wurden ziemlich lebhaft umgesetzt. Breslauer Deltab. besser. Edert Maschin. höher und sehr belebt. Linde Wagenbau erhöhte die Notiz. Montanwerthe bei stillsem Geschäft fest. Gelsenkirchen, Dortmund, Lauchhammer, Phoenix A., Bonifacius, Bochumer A., Hibernia höher. Hagen's Gußst. Witten Waffen zogen in den Courses an. Donnersmarck schwächer.

In der Prolongation bedangen Credit glatt mit Etg., Lombarden 0,90 D., Franzosen 0,30 R., Disconto-Commandit ¾ R.,

